Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 61 (1982)
Heft: 2

Artikel: Das Ende der Reaganomics?
Autor: Sturmthal, Adolf
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-339844

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

sten und Sehnsüchten des potentiellen Gegners auseinandersetze, erlaube ich niemandem, auch nicht dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, mich zur «nützlichen Idiotin» oder sonst etwas Schmimpflichem abzustempeln.
Und zur Antiamerikanerin schon gar nicht; schliesslich — und Gott sei Dank — ist Reagan nicht gleichbedeutend mit Amerika! Er repräsentiert lediglich 27 Prozent der amerikanischen Bevölkerung, und unter den anderen 73 Prozent gibt es viele, die in unserem Sinn bereit sind, sich auf den von Eppler beschworenen Trampelpfad der Vernunft und Zukunftsgläubigkeit vorzuwagen. Zur Not gegen den Willen der Machthabenden, die damit nicht nur zum Verhandeln, sondern zum humanen Handeln gezwungen werden. Gegen den Neoabsolutismus der sogenannten «Macher», gegen Neototalitarismus der Bürokraten und Technokraten, die es sich schliesslich nicht mehr leisten können, sich dem immer breiter werdenden Strom zu widersetzen.
«Das weiche Wasser bricht den Stein», rockt eine holländische Musikgruppe.
Richtig! Nur müssen wir, besonders wir sozialistischen Frauen, den Mut aufbringen, zur konkretisierbaren Utopie, zum konkretisierbaren weil vernünftigen Traum, dem Traum vom «ewigen Frieden» eines Immanuel Kant.
Also doch nur philosophische Spinner und Träumer? Ein sehr altes, sehr schönes brasilianisches Volkslied gibt Antwort:
«Wenn man allein träumt, ist es nur ein Traum, aber wenn man gemeinsam träumt, ist der Traum der Anfang der Wirklichkeit.»

Adolf Sturmthal

Das Ende der Reaganomics?

Mit der verfehlten Wirtschaftspolitik der Reagan-Administration setzt sich Adolf Sturmthal, Professor an der Universität von Illinois auseinander. Er kommt in seinen Ausführungen zum Schluss, dass wer nicht aus der Geschichte lernen will, dazu verurteilt ist, alle Fehler zu wiederholen.

Da das menschliche Erinnerungsvermögen kurz ist, ist es vielleicht angebracht, daran zu erinnern, wie das Reagan-Programm zur Zeit der Wahlkampagne 1980 aussah: Steuerkürzung, Kürzung der Staatsausgaben, wirtschaftlicher Aufschwung, ausgeglichenes Staatsbudget im Jahre 1984. Das Programm war aufgebaut auf einer Kombination zwischen der monetären Theorie von Milton Friedmann und der sogenannten Angebots-Ökonomie von Prof. Laffer. Die Steuerkürzung, die vor allem den obersten Einkommensschichten zugute kommt, sollte Sparkapital schaffen. Die Kürzung der Staatsausgaben, die gemeinsam mit dem erwarteten wirtschaftlichen Aufschwung zum Budgetausgleich führen sollte, diente in diesem Programm dazu, Kapitalien, die der Staat bisher zur Deckung seines Defizits benötigte, nun für privatwirtschaftliche Investitionen bereitzustellen. — Das gesteigerte Angebot an Waren und Dienstleistungen würde zur Preisstabilisierung führen und der jahrelang andauernden Inflation ein Ende setzen. Die erhöhte Wirtschaftstätigkeit werde die Arbeitslosigkeit, wenn nicht beseitigen, so doch erheblich reduzieren. Alles in allem — im Jahre 1984, wenn nicht schon vorher, wäre mit der neuen Ökonomie, abgekürzt im englischen Reaganomics genannt, alles zum besten bestellt.

Um zu verstehen, wie diese seltsame Mischung von Theorien, kaum entworfen und ohne jede Beweisführung vorgelegt, so viel Anklang finden und Reagan zur Präsidentschaft führen konnte, ist es notwendig zu verstehen, dass die traditionelle Keynes'sche Theorie der Nachfragesteigerung durch Defizite, die seit der grossen Krise vor 50 Jahren so viel Zustimmung fand, in den letzten Jahren in der Praxis erfolglos war. Das Nebeneinanderbestehen von Arbeitslosigkeit und Inflation — auch Stagflation genannt — war zumindest mit der traditionellen Form der Keynes'schen Lehre nicht zu erklären. Da die amerikanische Linke sich bisher auf eine sehr vereinfachte Form der Keynes'schen Theorie gestützt hatte, war es für manche Amerikaner naheliegend, es nach dem Scheitern der Linken nun mit einer neuen Lehre zu probieren.
Bis vor kurzem hat der Präsident alle Kritik an seiner Regierung damit beantwortet, dass er auf den Termin des Beginns seines Programms hinwies: «Wir beginnen erst am 1. Oktober.» Nun ist dieser Termin vorbei

und, ob berechtigt oder nicht, Zweifel an seinem Programm sind immer deutlicher zu vernehmen, nicht nur bei den liberalen Demokraten, sondern auch bei Republikanern, der Partei Reagans. Die Wahlen für das Repräsentantenhaus sind nur mehr ein Jahr entfernt und werfen ihre Schatten voraus.

Denn bisher haben sich die Tatsachen durchaus nicht programmgemäss gestaltet. Das Budget, dessen Ausgleich sozusagen zum elften Gebot erhoben wurde, ist weiter vom Ausgleich entfernt denn je. Sogar für 1984, da es nach den Versprechungen Reagans in der Wahlkampagne vollen Ausgleich zwischen Ausgaben und Einnahmen geben sollte, sieht er selbst jetzt doch noch ein weiteres Defizit voraus. Für das laufende Budgetjahr, das am 1. Oktober begann, werden die Defizitschätzungen immer höher. Denn statt einer wirtschaftlichen Belebung, die den Staatshaushalt verbessert hätte, ist eine Krise zu verzeichnen, die einstweilen höflich als Rezession beschrieben wird. Zwar ist die Inflation zurückgegangen, aber nur um den Preis einer rapiden Steigerung der Arbeitslosigkeit, die in Prozentzahlen die Ziffer 8,5 erreicht hat, was in absoluten Zahlen bedeutet, dass die höchste Arbeitslosenzahl seit der grossen Krise der dreissiger Jahre erreicht wurde. Dazu kommt ein Zinssatz, der sowohl den Bau von Wohnhäusern wie den Absatz von Automobilen, die hierzulande immer auf Borg gekauft werden, schwer geschädigt hat. Von einer Verbesserung der Lage in der nahen Zukunft ist nicht mehr die Rede, die Diskussion geht nur mehr darum, ob es vor Mitte 1982 oder erst nachher zu einer Verbesserung kommen werde. Anders ausgedrückt: Wird es früh genug besser gehen, um eine Niederlage der Republikaner bei den Wahlen im nächsten November verhindern zu können?

Was ist «Reaganomics»?

Es sind mindestens drei verschiedene theoretische Gedankengänge festzustellen. Der älteste, tradtionsreichste Teil stellt einfach einen Zusammenhang zwischen Staatsdefizit und Inflation in den Vordergrund. Da gibt es verschiedene Versionen, um nachzuweisen, wie eng der Zusammenhang ist. Denn auf den ersten Blick ist nicht ganz ersichtlich, warum in einer Volkswirtschaft, die mehr als zwei Milliarden Dollar erzeugt, ein Defizit von weniger als 80 Milliarden so starke inflationistische Wirkungen haben solle (dass es in einer Hochkonjunktur, wie sie vor einem Jahrzehnt zu verzeichnen war, selbst nach Keynes kein Defizit hätte geben sollen, wird von niemandem, der ernst zu nehmen ist, bestritten). In der Regel wird, zumindest in der Propaganda, der Zusammenhang als selbstverständlich bezeichnet.

Etwas interessanter ist der Versuch, darauf zu pochen, dass die Kreditaufnahme des Staates die Finanzierungsbedürfnisse der Privatwirtschaft unbefriedigt lasse und daher zu niedrigen Investionen und unnötig niedriger Produktivität führe.

Völlig überzeugend ist auch diese zweite Erk ärung nicht, aber in der Propaganda genügt sie wohl (dass in einer nicht vollbeschäftigten Wirtschaft Kreditbedürfnisse durch den Staat verdrängt werden, ist kaum einzusehen). Jedenfalls führt diese Theorie zur altbekannten Methode der Bekämpfung der Inflation: Man reduziert die Staatsausgaben, treibt die Zinsspirale in die Höhe, führt eine Wirtschaftskrise herbei, durch die schlussendlich — vielleicht nach ein oder zwei Jahren — die Inflation zum Halten gezwungen wird. Dass es zwischendurch Massenarbeitslosigkeit gibt, Bankrotte und Selbstmorde, wird als unvermeidliche Folge der früheren Defizite, die als lasterhafte Auswüchse bezeichnet werden, dargestellt. Irgendwie entspricht das dem Denken vieler, dass es den Menschen nie zu gut gehen dürfe, ohne dass man dafür später werde büssen müssen.

Für den Beobachter besonders interessant ist in der Debatte — insoweit es überhaupt jemanden gibt, der es wagt, das Budgetgleichgewicht nicht als das oberste Gebot der Staatsweisheit anzusehen —, dass es anscheinend niemandem ausser der Rüstungsindustrie auffällt, dass ein Rückgang der Staatsausgaben auch zu einem Rückgang der Einnahmen führen muss, sofern der gleichzeitige Steuerabbau nicht zu einer Steigerung der Privatausgaben Anlass gibt. Dass das bisher nicht geschehen ist, zeigt sich in den schwachen Umsatzzahlen der Geschäfte. Und angesichts dieser Tatsache ist wiederum von einer Erhöhung der Investitionen einstweilen nichts zu spüren.

Monetarismus und die Folgen

Der zweite Gedankenstrom, der in der Wirtschaftspolitik Ausdruck findet, ist manchen Europäern, vor allem den Engländern, wohlbekannt. Es ist der Monetarismus Friedmanscher Prägung. Grob vereinfacht sagt die Theorie, dass die Quantität des umlaufenden Geldes die Preishöhe und die Änderung der Geldmenge die Stetigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmt. Es ist daher immer die Regierung, die auf dem Umweg über die Zentralbank die Geldmenge bestimmt und daher für eine etwa vorhandene Inflation verantwortlich ist. Zwar ist die amerikanische Zentralbank, die Federal Reserve, kurz die Fed genannt, rechtlich

von der Regierung unabhängig, aber in der Praxis ist ein hohes Mass der Zusammenarbeit unausweichlich.

Bis Ende Oktober 1979 folgte die Fed ihrer traditionellen Politik, die Situation auf dem Geldmarkt dadurch zu stabilisieren, dass sie den Zinsfuss für kurzfristige Anlagen den wechselnden Bedingungen anpasste. Im Falle inflationärer Schocks, wie etwa die Ölpreiserhöhungen, hiess das, dass die Fed grössere Mengen Geld schaffte, als die wahren Wirtschaftsbedingungen verlangten, das heisst, sie war in ihrer Kreditgewährung an ihre Mitgliedsbanken recht freigebig. Das Ergebnis war, dass — sobald der Schock verdaut war — die höhere Geldmenge zu Preissteigerungen in der Wirtschaft führte. Im Oktober 1979 teilte die Fed mit, dass sie ab nun ihre Hauptaufmerksamkeit auf die umlaufende Geldmenge und weniger auf die Bedingungen des Geldmarktes richten werde. Damit hatte die Zentralbank die offizielle Theorie des Monetarismus übernommen. Während die frühere Politik zu Schwankungen in der Geldmenge führte, hatte der neue Kurs die Folge, dass Schwankungen im Zinsfuss eintraten. Niemand war freilich auf das ausserordentlich grosse Ausmass dieser Schwankungen vorbereitet. Sie haben sowohl in der amerikanischen Innenwirtschaft zur Stagnation der Bau- und Automobilindustrie geführt, die geradezu verheerende Ausmasse annahm, sondern überdies auch die internationalen Geldmärkte in Verwirrung gebracht. Die hohen Zinssätze in den USA führten zu Geldabflüssen in grossem Masse von den europäischen Märkten, die dann genötigt wurden, zur Abwehr ebenfalls hohe Zinssätze einzuführen, die ihrerseits die europäische Wirtschaft in Schwierigkeiten brachten. Diese Tendenz wurde noch verstärkt, als der neugewählte amerikanische Präsident ankündigte, er werde die Steuerpolitik nicht mehr zur Beeinflussung der Wirtschaft verwenden, sondern nur noch als Werkzeug zur Aufbringung der für die Verwaltung notwendigen Finanzmittel. Damit wurde die Geldpolitik zum Hauptinstrument, ja geradezu zum einzigen Werkzeug der Bekämpfung der Inflation gemacht.

Unter dem Beifall der Regierung führte Fed-Präsident Volcker eine geradezu rücksichtslose Geldknappheit ein, die zur Verschärfung der Wirtschaftskrise entscheidend beitrug. Erst in den letzten Wochen, da diese Folgen und ihre möglichen politischen Auswirkungen auch dem wirtschaftlich ungebildetsten Politiker nicht mehr unbekannt bleiben konnten, hat sich die Republikanische Partei immer mehr von der Fed entfernt und kritische Worte für ihre Geldpolitik gefunden. Die Informationen, die die Abgeordneten nach den Sommerferien nach Washington brachten, waren in ihrer Gleichförmigkeit höchst eindrucksvoll. «Alle Leute», sagten die Abgeordneten, «sprachen zu uns nur über ein Thema: den Zinsfuss!»

Allmählich setzten sich die hohen Zinsen auf dem kurzfristigen Kreditmarkt auch in höhere Zinssätze für langfristige Anleihen und Wertpapiere durch, so dass Kapitalaufnahmen auf dem normalen Wege immer teurer und schwieriger wurden. Das war besonders Anfang 1981 der Fall, als ein kleiner Rückgang der Inflationsrate die realen Zinssätze, dank unveränderter nominaler Sätze, in die Höhe trieb. Erst in den letzten Wochen hat sich da eine bescheidene Besserung eingestellt.

Die Hauptwidersprüche

Allmählich wurden auch der breiteren Öffentlichkeit die inneren Widersprüche der Wirtschaftspolitik deutlich. Die Steuerermässigungen, die geradezu ausschliesslich den höchsten Einkommensgruppen zugute kamen, sollten zur Steigerung der Investitionen führen (man füttere die Reichen so sehr, dass sie trotz Konsumsteigerung noch so viel übrig haben, was zur Modernisierung und Erweiterung der wirtschaftlichen Anlagen verwendet werden könnte). Gleichzeitig aber machen die hohen Zinssätze flüssige Geldanlagen in Institutionen wie den Geldmarktfonds, die in den letzten Jahren gewaltig gewachsen sind, weitaus profitabler als Investitionen in der Industrie. Die Reichen, die von dieser Möglichkeit reichlich Gebrauch machten, wurden zwar immer reicher, aber die Wirtschaft spürte nur wenig davon. Für die Firmen war es unmöglich, Geld zu erträglichen Zinssätzen zu erhalten. Resultat: Die Zahl der Bankrotte stieg in der ersten Hälfte 1981 um 40 Prozent.

Zweiter Widerspruch: Die Steuerermässigungen sollten zur Wirtschaftsbelebung führen. Das würden sie aber nur dann, wenn das dem Staat entzogene Geld zu einer vielfach grösseren Geldanlage in realen wirtschaftlichen Gütern und Dienstleistungen Anlass geben sollte. Das ist die Grundidee der von Professor Laffer in Südkalifornien vertretenen neuen Theorie der «Angebots-Seite». Es ist schwierig, sich mit dieser Theorie als Gedankenkette auseinanderzusetzen, da weder Laffer noch irgend jemand anderer auch nur den Versuch machte, Beweise für sie zu erbringen. Bei Keynes gab es einen etwas ähnlichen Gedanken,

den Begriff des «Multiplier», der aber umgekehrt von Investitionsausgaben auf Gesamtausgaben (und daher indirekt auf Staatseinnahmen) Schlüsse zog. Die Laffersche Theorie soll, wie eine möglicherweise frei erfundene Geschichte erzählt, in einer sonderbaren Form ihre Darstellung gefunden haben. Professor Laffer habe, so erzählt man, auf der Papierserviette eines Restaurants in Los Angeles eine Kurve gezeichnet, die die Auswirkungen einer Steuerminderung für reiche Leute zeigen und beweisen sollte, dass die Steuerersparnisse zu Investitionsanlagen führen würden. Die Kurve mag sehr elegant aussehen, als Beweis würde sie kaum genügen. Zumindest bisher haben die Tatsachen der Laffer-Theorie widersprochen. Aber wie der Präsident immer wieder sagt, es ist noch früh...

Dass die meisten Menschen nur ungern Steuern zahlen, ist gewiss; aber noch kein Beweis, dass so erspartes Geld der Wirtschaft in Neuanlagen realer Natur zugute kommen werde. Dass das Budget ausgeglichen sein soll, scheint auf den ersten Blick durch Analogie mit dem privaten Haushalt überzeugend. Dass der Staat andere Gesichtspunkte für seine Finanzpolitik haben soll und andere Methoden zur Schaffung von Mitteln besitzt, ist nicht ohne weiteres einleuchtend. So steht es denn auch nicht nur um die republikanischen Vertreter der Theorien des Präsidenten schlecht, auch die meisten demokratischen Kritiker sind einigermassen in Verlegenheit, wenn sie ein Gegenprogramm entwickeln sollen. Ausser dass man an den gewaltigen Verteidigungsmassnahmen einiges einsparen könnte, fällt ihnen zur Budgetsanierung nicht viel ein. Und dass bei Einsparungen Jobs verlorengehen, ist ihnen nur dann klar bewusst, wenn ein direkter Zusammenhang zwischen den Einsparungen und einem Regierungsauftrag besteht, der in dem Wahlbezirk des betreffenden Volksvertreters besonders starke Auswirkungen haben könnte.
Während man vielleicht doch verlangen könnte, dass die Parlamentarier auch ohne akademische Ausbildung auf dem Gebiet der Nationalökonomie diese Zusammenhänge begreifen könnten, ist es doch kaum berechtigt, von ihnen zu erwarten, dass sie die feineren Varianten der monetären Theorie erfassen und kritisch beurteilen können. Denn die Frage, was ist das Geld, dessen Menge nach der Theorie zu kontrollieren wäre, ist nicht leicht zu beantworten. Ohne den Leser mit komplizierten Streitfragen der verschiedenen Begriffsbestimmungen zu belasten, genügt es vielleicht, darauf hinzuweisen, dass die Änderung der Orientierungsmarke M-B zu den Definitionen M-2 und M-3 zu einer weniger strengen Anwendung der monetären Theorien Anlass gab (und nebenbei zu der endlosen Verwirrung weiter beitrug, die den meisten Debatten über die monetäre Theorie zur Grundlage dient, nämlich der ewige Streit darüber, welche Definition der Geldmenge für die betreffende Debatte am besten zu gebrauchen sei — ein schlüpfriges Thema). Das liegt nicht nur an der Gewandtheit der Vertreter der monetären Theorien, sondern auch an dem Entstehen neuartiger Geld- und Sparinstrumente, wie die rasch anwachsenden Geld-Markt-Fonds, die Hunderte Milliarden Dollar kurzfristig absorbieren.

Wird Reagan aus Fehlern lernen?

Während es vielleicht noch zu früh ist, das Ende der neuen Angebots-Seite-Theorie anzukündigen, kann man schon jetzt ein unzweideutiges Ergebnis der Anwendung dieser Theorie in der Steuer- und Bugetpolitik der Administration Reagan feststellen. Es ist die grosszügigste Umstellung der Steuerbelastung von den hohen auf die niedrigen Einkommen, die Entlastung der Reichen auf Kosten der Arbeiter und Arbeitslosen, Belastung von öffentlichen zugunsten von privaten Institutionen. Obwohl Reagan sich gerne auf Franklin Roosevelt beruft, ist es nicht unzutreffend, wenn man seine Politik als die des Abbaus des damals gemachten sozialen Fortschritts und der Rückkehr zu den manchester-liberalen Ideen der zwanziger Jahre charakterisiert. Dass Washington mit Begeisterung den Abbau der Erbschaftssteuer begrüsst, ist dafür ebenso kennzeichnend, wie die wachsende Propaganda für die Rückkehr zum Gold-Standard. Die neue Generation erinnert sich anscheinend nicht mehr daran, dass es, eben während die Politik der ausgeglichenen Budgets und des Goldstandards triumphierte, zur grossen Krise der dreissiger Jahre kam, dass die Abwertung des britischen Pfund Sterling im Jahre 1931 den Engländern einigermassen Atemraum gab und dass die Abkehr vom Gold und den ausgeglichenen Budgets in den USA den Beginn einer wirtschaftlichen Erholung einleitete. Wer nicht aus der Geschichte lernen will, ist dazu verurteilt, alle Fehler zu wiederholen...
Und das ist es — fürchte ich —, was die nächste Periode der Geschichte der USA bestimmen mag.